

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 5,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitstage 2,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 4,00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 2266 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 35

Duisburg, den 2. September 1922

23. Jahrgang

## Der 10. Verbandstag unseres christlichen Metallarbeiterverbandes

### Erkenntnis des Vorstandes

Der 10. Verbandstag des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Fulda faßte bezüglich der Beiträge und Unterstützungen einstimmig folgende Beschlüsse:

Der an die Hauptkasse abzuführende Beitrag beträgt ab 2. September (36. Beitragswoche) in der

1. Klasse (freiwillige Klasse) 40,— M pro Woche.
2. Klasse (Pflichtklasse der männlichen Mitglieder über 20 Jahre) 30,— M.
3. Klasse (für alle weiblichen Mitglieder über 21 Jahre und für alle männlichen Mitglieder im Alter von 18 bis 20 Jahren) 25,— M.
4. Klasse (für alle jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre und für alle Arbeiterinnen bis zum 21. Lebensjahre) 15,— M.
5. Klasse (für Lehrlinge) 4,— M.

Mitglieder, welche invalide geworden sind, zahlen monatlich einen Wochenbeitrag der Lehrlingsklasse.

Eintrittsgeld: 1. und 2. Klasse 10 M, 3. und 4. Klasse 8 M, 5. Klasse 2 M.

Delegierten- und Bildungsfondsbeitrag: 2. und 3. Klasse 10 M pro Quartal.

Die Unterstützungen betragen ab 1. Oktober ds. Js.: Streikunterstützung in der

1. Klasse (für Ledige)	552,— bis 876,— M
(für Verheiratete)	588,— bis 912,— M
Kindergeld	18,— M
2. Klasse (für Ledige)	468,— bis 741,— M
(Verheiratete)	504,— bis 801,— M
Kindergeld	12,— M
3. Klasse (Ledige)	351,— bis 458,— M
(Verheiratete)	378,— bis 483,— M
Kindergeld	9,— M
4. Klasse	288,— bis 300,— M
5. Klasse	96,— bis 108,— M

Erwerbslosenunterstützung in der

1. Klasse	36,— bis 60,— M
2. Klasse	30,— bis 42,— M
3. Klasse	25,— bis 35,— M
4. Klasse	20,— bis 29,— M
5. Klasse	12,— M

Außerdem werden Mitgliedern, welche Erwerbslosenunterstützung beziehen, während der Erwerbslosigkeit Beitragsmarken gefleht, deren Wert dem an die Hauptkasse abzuführenden Wochenbeitrag entspricht. Diese werden der Hauptkasse als Unterstützung in Rechnung gestellt.

Das Sterbegeld beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 200,— M, steigend um jährlich 50,— M bis zum Höchstbetrage von 1500,— M.

### Der Vorstand.

J. U.: Wieber, Vorstandsvorsitzender.

\*\*\*

Generalversammlungen sind die Wegweiser in der Geschichte der Gewerkschaftsorganisation. Was in einem Verbande lebt und weht, was nach Gestaltungswillen drängt, was an gewerkschaftlichen und sozialen Unterströmungen im Arbeiterleben nach Verwirklichung strebt, was an bedeutenden Zielen in der Arbeiterbewegung steht, von alledem gibt ein Verbandstag Zeugnis. Eine Generalversammlung ist die Visitenkarte über Höhe oder Tiefe der Arbeiterbewegung.

War schon vor dem Kriege mit den hauptsächlich nur auf die Lohn- und Arbeitsgestaltung eingestellten Tarifsen eine Generalversammlung ein Markstein und schlug den Kollegen das Herz höher, wenn die Zeit des Verbandstages herannahte, so ist nach dem Kriege bei den tiefsten Problemen, die auf die Gewerkschaftsbewegung einströmten, die Bedeutung eines Verbandstages eines so großen Verbandes wie es unser Christlicher Metallarbeiterverband darstellt, sehr gewachsen.

Wirtschaftsleben, soziale Strömungen, die Fragen des Arbeiterrechtes, der Eingliederung der Arbeiterschaft in das Gesellschaftsganze, mit all diesen Fragen muß eine Generalversammlung, die im Pflichtgefühl gegen die Volksgemeinschaft und in der energischen Vertretung der berechtigten Interessen ihres Standes ihre Zielpunkte sieht, sich befassen.

Der Christliche Metallarbeiterverband ist sich seiner Aufgaben nach diesen beiden Seiten stets bewußt gewesen und hat darnach gehandelt. Die zehnte Generalversammlung unseres Verbandes in Fulda hat erneut den Beweis dafür erbracht, daß im Christlichen Metallarbeiterverband das Verantwortungsgefühl für das Volksganze und die Interessenvertretung der Kollegenschaft sich zu einem harmonischen Ganzen abzurunden.

Bezeichnend dafür ist die Stellungnahme der Generalversammlung zu den verschiedenen Arbeiterschaft und Volksleben bewegenden Fragen. Wir wollen unsern Kollegen zunächst ein Stimmungsbild geben über die Gesamttagung. Die nächsten Nummern unseres Organs werden sich mit den Einzelabschnitten besonders befassen.

Das Problem, das im Mittelpunkt unseres Volkes steht und über das sich auch unser Christlicher Metallarbeiterverband den Kopf zu zerbrechen hat, ist die Frage nach der

Hebung unserer niedergelassenen Wirtschaft und damit auch die

Hebung der Lage der Metallarbeiterschaft.

Daß an eine solche Sache von den größten Spannweiten nicht in Schlagwortart linksgerichteter Organisationen, sondern nur mit klüßter Ueberlegung gegangen werden kann, weiß jeder, der die Bedeutung dieser Frage kennt.

Den Auftakt dazu gab der Vorstandsvorsitzende, unser ergrauter Kollege Wieber selbst in seinem ausführlichen Geschäftsbericht des Vorjahres über die Berichtsjahre 1920/21, den er am Montag, den 21., erstattete. Es waren düstere, traurige Bilder, die der Vorstandsvorsitzende in leider nur allzu wahrheitsgetreuen Schilderungen entwerfen mußte.

Der Versailler Friedensvertrag ist die Quelle unseres Niederganges. Er hat die deutsche Arbeiterschaft in ein Joch gespannt, wie es furchtbarer nicht gedacht werden kann. 100 Milliarden Goldmark in Werten sind uns genommen. Abzuliefernde Reparationskosten und -Rots erschüttern den Wirtschaftsbestand. 30 Hochöfen liegen aus Kohlenmangel still. Ungezählte Werke legen aus demselben Grunde Festschloß ein. Die Hochkonjunktur ist in Wirklichkeit eine Scheinkonjunktur, deren nächster Schritt die wirtschaftliche Katastrophe ist. Die Lebensverhältnisse der breiten Massen sind um 50 Prozent niedriger als vor dem Kriege. Die Revision des Versailler Vertrages muß durchgeführt werden, wenn das deutsche Volk nicht zum Sterben verurteilt sein soll. Im Innern muß das deutsche Volk und jeder Stand

zum höchsten Pflichtgefühl

aufgerufen werden. Wilde Streiks und politische Putzschneidereien sind genau so zu verurteilen und zu verwerfen wie der politische Mord. Alle beide reißen uns in den Abgrund. Aus innerer Einstellung steht deshalb der Christliche Metallarbeiterverband zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und lehnt den Klassenkampf ab.

Mit aller Energie vertritt der Christliche Metallarbeiterverband die berechtigten Interessen seiner Kollegen. Das Gebete über die hohen Löhne in der Metallindustrie ist durchaus unberechtigt und besonders das Schlagwort über die hohen Löhne der Jugendlichen muß zurückgewiesen werden. Nur der Gewerkschaftsbewegung ist es zu verdanken wenn noch einigermaßen ein Ausgleich zwischen Lohn und Preis geschaffen werden konnte.

Das Bild, das Vorstandsvorsitzender Kollege Wieber entworfen hatte, erfuhr noch eine weitere Untermauerung durch unser Vorstandsvorsitzender Kollegen Reichspolminister Giesberts.

Das deutsche Volk habe an Sanktionen erfüllt, was es konnte, aber jetzt sei es am Weisbluten. Wir stehen in tiefster Kapitalnot, Rohmaterial können wir infolge des tiefen Markstandes kaum kaufen. Gerade jetzt haben wir

Einigkeit im deutschen Volk bitter notwendig.

Aber statt politischer Ruhe ist politische Siebestige und Mord und zerkleinerndes Linksradikales Treiben. Wir lassen unser sozialpolitisch und arbeitsrechtlich weit fortgeschrittenes Land nicht unterwühlen und wühlen uns gegen alle, die diesen zerrüttenden Bestrebungen hulldigen.

Welche Ziele stellt sich nun eigentlich in einer solchen Zeit des völligen Zusammenbruchs materieller und innerer Werte die christliche Arbeiterbewegung und damit auch unser Christlicher Metallarbeiterverband? Ministerpräsident a. D. Stegerwald, der Vorsitzende unsern Deutschen Gewerkschaftsbundes und Schriftleiter Dr. Köber asiaten in eingehenden Re-

feraten erneut das Ziel, dem die christliche Gewerkschaftsbewegung zuzustreben hat.

Gewerkschaftsliebe muß sich zur Volkssache auswachsen und ihre Fragen müssen als Volkssache behandelt werden. Wahre Aufgabe der Gewerkschaften ist nicht das Prinzip des Faustkampfes, des bis ins Extrem hinaufgetriebenen Streikens, sondern die Hebung und Steigerung der Produktion und die

gerechte Verteilung des Ertrages.

Die Gewerkschaftsbewegung muß positiv in Staat und Wirtschaft hineinwachsen und zwar um Staat, Wirtschaft und des Volkes willen, aber auch um der Gewerkschaften selbst willen. Wir müssen mitarbeiten an der Neugestaltung des Staatsgedankens, die nicht unter dem Gesichtswinkel des eigenen Berufes oder der eigenen Interessen vor sich gehen kann, sondern eingestellt sein muß auf den allgemeinen volklichen Gedanken. Die Neugestaltung der Wirtschaft kann nicht den Mächten des Kapitalismus oder des Sozialismus überantwortet werden. Sie muß geregelt werden nach sittlichen Grundsätzen, in denen die berechtigten Interessen aller Stände vertreten werden können. Die Neugestaltung der Arbeiterbewegung kann nicht vor sich gehen im Kleinfestungskampfbegriffen, sondern nur in der Idee der Arbeitsgemeinschaft.

Wenn die Ziele erreicht sein wollen, die in den vorliegenden Referaten gezeichnet waren, dann ist auch die intensive Tätigkeit unseres Verbandes auf den bezeichneten Gebieten notwendig. Kollege Mauer tritt zwei Ziele aus dem Aufgabenkomplex unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes heraus:

Arbeitsgemeinschaft und Tarifwesen.

Wie in einem ausführlichen Referat behandelte, Lohnfragen und Lohnpolitik, Selbstverwaltungskörper und Arbeitsgemeinschaften, Betriebsrätewesen, Kampf um Durchsetzen unserer Forderungen gegen das Unternehmertum, Stellung gegen wilde Streiks, Kampf gegen den Terror der sozialistischen Verbände gegen unsere Kollegen fanden in seiner Rede ihren Niederschlag. Die Sperrmaßnahmen leben wieder auf, mißliebige Arbeiter kommen auf die schwarze Liste. Ein Teil des Unternehmertums will noch nicht begreifen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft ein für allemal festgelegt ist. Vielen Bestrebungen stellt der Christliche Metallarbeiterverband seinen schärfsten Widerstand entgegen, wie er andererseits gewillt ist, seine Kraft mit allen Ständen gemeinsam am Wiederaufbau zu verwenden.

Aber damit allein, mit Tarif- und Lohnfragen ist die innere Arbeit des Verbandes nicht erschöpft. Was zu geschehen hat nach der Seite der Bildungsfragen, des Lehrlingswesens, sozialpolitischer Maßnahmen und Forderungen, des Arbeiterrechtes usw., das kam in der Debatte ausführlich zur Besprechung und wurde in den Resolutionsentwürfen niedergelegt, die zeigen, wie sehr der Christliche Metallarbeiterverband die vielseitigen Interessen des Berufes sich angelegen sein läßt.

Es bedarf keines Wortes der Begründung, warum unsere Verbandsgeneralversammlung in vollster Einstimmigkeit die oben angegebenen

Beitrags- und Unterstützungsätze

festlegte. Nur mit Rücksicht auf die stattfindende Generalversammlung hatte der Vorstandsvorsitzende und Ausschuß von einer Beitragserhöhung Abstand genommen, die ja nach dem Stand der Geldentwertung und dem Steigen der Löhne schon längst hätte erfolgen müssen. Jeder vernünftige und einsichtige Kollege muß der gleichen Meinung sein und die Hauptvertretung der gesamten Kollegenschaft in der Generalversammlung hat einfach einen Akt dringender Notwendigkeit vorgenommen, als sie die Beiträge und die Unterstützungen erhöhte.

Wir als christliche Metallarbeiter können stolz sein auf den so einmütigen und harmonischen verlaufenen zehnten Verbandstag. In allen grundsätzlichen Fragen vollkommen eines Sinnes und eines Herzschlages; in allen taktischen Fragen nur bedacht auf größtmögliche Einheitsfront; nicht zerlegt durch Parteihader und Phrasengeflüster, so ist der Christliche Metallarbeiterverband in der Lage, am besten die Interessen der ihm anvertrauten Kollegenschaft zu vertreten.

Arbeiten wir alle so im Innersten besetzt von dem weltlichstigen ersten Geiste, der unsere Generalversammlung durchzog, dann arbeiten wir mit am Aufbau unseres niedergeborenen Vaterlandes. Dann wird das Wort unseres Vorstandsvorsitzenden Wieber zur Wahrheit werden, das er am Begründungsabend sprach: „Das deutsche Volk will nicht sterben, das deutsche Volk darf nicht sterben, das deutsche Volk will nicht sterben, wenn wir selbst es nicht wollen.“

# Die Marktatastrophe

Dunkle Stunden lasten auf unserm Volke. Die Entwertung des deutschen Geldes befindet sich seit Juni im Stadium immer schnellerer Entwicklung. Der Dollar, der zum Barometer unserer ganzen Preiswirtschaft wurde, hat seit Juni folgende Wertstadien durchlebt:

Spitzenkurs der Berliner Börse:	
24. Juni	945
10. Juli	529
29. Juli	608
2. August	777,50
3. August	832,50
11. August	870
15. August	1040
22. August	1298,85
23. August	1414
24. August	1550
25. August	2000

Ein Ende der Dollarsteigerung ist noch nicht abzusehen. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit einer neuen Steigerung unserer Gläubiger und unserer Not, weil sie eine neue gewaltige Werteverminderung unserer Lebenshaltung nach sich ziehen wird.

### Das Wachstum der Leuerung

Hat erschreckende Formen angenommen. Die Frankfurter Zeitung brachte vor einigen Tagen eine Zusammenstellung der Preisentwicklung von 10 allgemein verwendeten Lebensmitteln, deren Indexziffer sich wie folgt gestaltete:

	Großhandel	Kleinhandel
Mitte 1914	100	100
Januar 1920	2761	1569
Januar 1922	4209	2802
April 1922	6348	4244
Juni 1922	7152	5013
Juli 1922	8553	5613
August 1922	14591	8902

Wir haben also im Kleinhandel bis 15. August eine Preissteigerung um das 89fache, im Großhandel um das 146fache zu verzeichnen. Eine ganze Reihe von Artikeln haben diesen Steigerungssatz weit überschritten.

### Die Lohngestaltung

Hat mit dieser unheilvollen Entwicklung, deren volle Auswirkung sich erst in nächster Zeit zeigen wird, längst nicht gleichen Schritt gehalten. Im Allgemeinen kann wohl nur von einer etwa 60-70-prozentigen Lohnsteigerung geredet werden. Die Arbeiterlöhne sind längst nicht mehr ausreichend, (trotz allen Geschreis mancher Presseorgane), um auch nur einigermaßen die Not aus der Familie fernzuhalten. Wie sehr diese Not am Lebensmarkt unseres Volkes nagt, zeigt folgende Notiz, die wir der K. V. entnehmen:

Berlin, 22. Aug. 1922. (Drahtber.) Anlässlich der Ueberlebenswoche fand in Hamburg ein Kongress der deutschen Krankenhausesärzte statt. Der Kongress nahm, wie die D. A. Z. meldet, eine Entschließung an, in der die deutschen Ärzte feststellen, daß neben dem wirtschaftlichen Niedergang des deutschen Volkes auch ein gesundheitlicher Niedergang eingeleitet hat, der an die letzten Kriegsjahre erinnert. Ein solcher Niedergang führt zu einem physischen Verfall und kann nur mit einer neuen Katastrophe enden.

Somit ist es also schon gekommen, daß die große Not unserer Tage unser Volk zernagt. Diese Tatsache macht es zur Pflicht, erneut und dringend hinzuweisen auf die Notwendigkeit einer baldigen Revision des Versailler Friedensvertrages, der mit die Hauptursache unserer völkischen Not ist, weil er unser Volk in unerträglicher Weise belastet. Der deutsche Zusammenbruch, das mögen unsere Gegner im Weltkriege bedenken, wird nicht ohne bedenkliche Rückwirkung auch für sie selbst sein.

Dann aber möchten wir warnen alle jene Kreise unseres Volkes, die aus der Not des Volkes Riesengewinne für sich machen, die in ihrer Spekulationsleidenschaft die große Not unserer Tage vernachlässigen, die sich schlemmend und prahlend um so mehr freuen, je höher die Not im Volke mit dem sinkenden Wert unseres Geldes wächst.

Leider ist von diesem elenden Geist auch ein großer Teil sowohl der Handelswelt, als auch der Landwirtschaft angegriffen. Man soll in den Kreisen wohl beachten, daß wir nur als Volk wieder hochkommen oder untergehen. Ein Stand für sich vermag sich nicht zu behaupten, wenn andere Stände im Elend versinken. Er wird mit in den Strudel hineingerissen.

### Was wir verlangen

In dieser Notzeit? An dem Schieber- und Wuchertum unserer Tage muß ein Riegel vorgeschoben werden. Es heißt jetzt, wie die K. V. in ihrer 2. Morgenausgabe vom 24. August treffend bemerkt, „nicht allein die deutsche Mark, sondern vor allem das deutsche Volk zu retten; das österreichische Beispiel ist Warnung genug. Wenn es so weitergeht, wie bisher, steht eine neue soziale Revolution vor der Tür, und wenn sie ausbricht, wird sie schlimmer sein; denn der Deutsche ist kein solcher Katastrophist, wie der Österreicher“. Das sollten sich auch alle die Kreise merken, die ihre Preise nicht hoch genug treiben können.

### Wir verlangen auch

#### mehr Einsicht von den Arbeitgebern.

Jedem muß zunächst der Hebel angelegt werden. Die unausbleibliche Folge der neuen katastrophalen Entwicklung werden allerwärts neue Lohnbewegungen sein. Dabei muß auch bei den Arbeitgebern der Gedanke wachender Fuß fassen, daß zuguterletzt noch der Arbeiter, der lebendige Mensch das wertvollste Gut der Wirtschaft ist. Darum gebührende Rücksicht auf den Arbeiter und die Not in den Arbeiterfamilien!

#### Wir aber wollen nicht verzweifeln!

Auf unserer 10. Generalversammlung führte unser Verbandspräsident, Kollege Wieser, unter lebhafter Zustimmung aus:

„Ich sage heute an dieser Stelle: Das deutsche Volk wird nicht sterben, das deutsche Volk darf nicht sterben und das deutsche Volk wird nicht sterben, wenn wir es nicht wollen. Ein Volk von der Kulturhöhe des deutschen Volkes bedeutet auch in der Niedriglage noch viel. Es hat noch

eine moralische Kraft in die Bahnhalle zu werfen, denn es einzig und geschlossen besteht und wenn jeder seine Pflicht tut.“

Das wollen wir besonders in der christlichen Arbeiterbewegung beachten und mit gesundem Optimismus allerwärts unsere Kraft einbringen, um unserer Bewegung starke Lebenskraft zu geben, die unser Volk durchdringt und neue Kräfte zum Leben, zum Aufstieg weckt.

# Streiflichter

## Sagt den unteren Volk- und Telegraphenbeamten,

die sich mit uns zur christlich-nationalen Ideenwelt bekennen, aber noch im „neutralen“ Reichsverband Deutscher Volk- und Telegraphenbeamten sind, daß die Gefahr des Abbruchs ihres Verbandes zum tatsächlichen „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“ besteht. Sagt ihnen ferner, daß das sozialistische Element im Vorstand ihres Verbandes sehr stark vertreten ist und daß der a. o. Verhandlung die Lösung von allen Spikensverträgen beschließen mußte, um der linksradikalen Opposition das Verbleiben im Verband zu ermöglichen — und deren fernere Wählbarkeit zu Gunsten des späteren Aufschlusses an den N. D. B. zu erleichtern. Verweist die christlich-nationalen Mitglieder des Reichsverbandes auf unsere „Deutsche Volksgewerkschaft“ bzw. deren Sekretariate in Berlin: Wilmersdorf, Kaiserstraße 25; Düsseldorf, Düsseldorfstraße 9/11; Erfurt, Schalkmehelstraße 17; Karlsruhe, Karlsruferstraße 120.

## Das „Parlament der Arbeit“.

So wurde in der sozialistisch-politischen und gewerkschaftlichen Presse der sozialistische Gewerkschaftskongress in Leipzig genannt. Daß in den Reihen der freien Gewerkschaften der Kongress vielfach anders gemertet wird, zeigte eine am 8. August in Breslau stattgefundene Tagung der roten schlesischen Gewerkschaften.

Auf dieser Tagung wurde Bericht erstattet über die Arbeit des Leipziger Kongresses. Die Breslauer „soz. „Volkswacht“ vom 8. 8. berichtet darüber wie folgt:

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Verleug und Ergebnis des Gewerkschaftskongresses in Leipzig“ referierte Kollege Kohl. Er führte etwa folgendes aus:

# Leistungs- oder „Familienlohn“

Alex Elbes.

III.

Sehr oft kann man in der Diskussion über die Lohnfrage die Meinung vertreten finden, daß es sich bei dem Familienlohn um eine Forderung der Solidarität der Arbeiterschaft handele. So urteilt Ludwig Zimmer in dem schon erwähnten Artikel des Zentralblatts Nr. 1, 1920: „Es müßte ... die in den Gewerkschaften stets so gepriesene Solidarität ... schon bei der Verteilung des Arbeitsertrages beginnen.“ In einem mit K. R. gezeichneten Artikel der Westd. Arb.-Ztg. Nr. 32, 1921, heißt es, daß es sich beim Familienlohn um eine Pflicht der Solidarität handele, „daß der weniger Bedürftige Rücksicht auf den bedürftigeren Standesgenossen nimmt.“ Auch Roppel redet in den Stimmen der Zeit mit Bezug auf den Familienlohn von einer „Erziehung zur Solidarität nicht nur mit dem einzelnen Arbeitsskollegen, sondern auch mit der einzelnen Arbeiterfamilie.“ Hiermit überein stimmt die Neuherung Neermanns: Die Forderung des Familienstandeslohnes sei eine „notwendige Erziehung der Massen zum Pflichtbewußtsein gegen die Mitmenschen“.

### Nicht als Arbeiter

hat der Familienvater Anspruch auf das Mitgefühl seiner Standesgenossen. Und weil er diesen Anspruch nicht als Standesgenosse, sondern einfach als Mensch und Mitglied der menschlichen Gesellschaft hat, deshalb beschränkt sich dieser Anspruch keineswegs auf das Mitgefühl seiner Standesgenossen, sondern er wendet sich an das Volk und die Menschheit. Und so handelt es sich hier nicht um die Standesolidarität, sondern um die weit idealere Volks- und Menschheitsolidarität, nicht um die Unterstützung der kinderreichen Arbeiterfamilien, sondern der kinderreichen Familie überhaupt und damit nicht um eine Standesangelegenheit, sondern um eine Angelegenheit des gesamten Volkes.

Professor W. Zimmermann weist zur Begründung des Familienlohnes (Soziale Praxis, Jahrgang 1921) darauf hin, daß „Deutschlands verfügbares Realeinkommen kaum mehr als ein dürftiges Existenzminimum für die große Masse der arbeitenden Schichten im Durchschnitt auszureichen gestattet ...“

— Warum denn ein dürftiges Existenzminimum nur für die große Masse der arbeitenden Schichten? Was gibt den anderen Schichten das Vorrecht eines Einkommens über das Existenzminimum hinaus? Wenn lediglich die Arbeiterschaft auf das Existenzminimum gesetzt werden soll, dann wäre freilich der „Bedarfs-“ und „Familienlohn“ hierzu die geeignete Form. Allerdings würde dann nicht „Deutschlands verfügbares Realeinkommen“, sondern nur das „Arbeitereinkommen nach Bedarf“ verteilt. Eine Verteilung aber des gesamten Volkseinkommens wird im „Familienlohn“ nicht möglich sein. Sie kann nur vom Staate aus geschehen, da er allein durch Steuern das gesamte Einkommen zu erfassen vermag.

Gegenüber dem Vorschlage der „Staatsbeihilfe“ macht Prof. Zimmermann auf die „überschuldeten Massen des Staates aufmerksam. Auch Neermann erklärt im Zentralblatt den Staat außerstande, besondere Anwendungen zugunsten kinderreicher Familien zu machen. C. Roppel S. J. lehnt die Unterstützung durch den Staat als „Aufwandskosten“ und „Almosen“ ab.

Bei dem „Familienlohn“ wird die Familienunterstützung fast ausschließlich von den ledigen Arbeitern, bei der Unterstützung durch den Staat von der

### Gesamtheit des Volkes

getragen. Nun wird keiner im Ernst behaupten dürfen, daß die Gesamtheit finanziell schwächer sei, als ein Teil und gar der finanziell schwächere Teil von ihr. — Entscheidend für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Staates ist nicht der gegenwärtige Bestand der Massen, sondern was er erforderlichenfalls an Steuern einzuschieben vermag. Entscheidend also die finanzielle Leistungsfähigkeit seiner gesamten Bürger. Deshalb kann auch der Vorschlag der Staatsbeihilfe nicht mit dem Hinweis auf die „überschuldeten Massen“ abgetan werden.

Handelt es sich aber bei der staatlichen Unterstützung um „Aufwandskosten“ oder „Almosen“, dann auch bei der Unterstützung im „Familienlohn“, wogegen man sich um so mehr wenden sollte, als die Lasten dieser Almosen nur von einem Bruchteil der Bevölkerung getragen wird.

Der Kongress zählte 604 Delegierte, Gäste, Ausländer, Pressevertreter usw. Dieses Parlament war viel zu groß, um fruchtbringende Arbeit zu leisten. Der Kongress hat in so betrüblichen Schauspielen, daß wir uns hier damit befassen und unsere Meinung zum Ausdruck bringen müssen. Vor allen Dingen muß festgestellt werden, daß die Festsitzigkeit der politischen Arbeiterbewegung sich sehr ausprägte. Man glaubte des öfteren, sich nicht auf einem Gewerkschaftskongress, sondern auf einem Tumultplatz zur Austragung politischer Streitigkeiten zu befinden. Namentlich die Kommunisten betrachteten den Kongress als eine Plattform für die Propagierung ihrer Ideen. Damit wurde jede fruchtbringende Arbeit für den Kongress unterbunden. Anstatt den Unternehmern und den blüherischen Parteien zu zeigen, daß wir trotz mancher Meinungsverschiedenheiten noch eine Einheitsfront der Arbeiter in den Gewerkschaften haben, war alles darauf angelegt, diese Meinung auch bei den Arbeitern zu befestigen.

Der anwesende Vertreter des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verteidigte diese Darlegungen des Berichterstatters gegen einzelne Angriffe. Auch obdieses sind wir fest davon überzeugt, daß Kohl wirklich wehrheitsgetreu berichtete. Es ist schon so, die politische Festsitzigkeit der Sozialdemokratie spiegelt sich in den sozialistischen Gewerkschaften wieder und läßt gar keine Einigkeit und fruchtbringende Arbeit aufkommen.

### Wer verteuert die Lebensmittel?

Der Dollar, Deutschlands Barometer, ist auf dem Wege zum Höhenrekord. Die Preise für alle Bedarfsgegenstände steigen in erschreckendem Maße. Der Verbraucher steht größter Not entgegen. Durch Selbsthilfe, durch Anschluß an die Verbraucherbewegung

Es kann nun aber mit Recht angenommen werden, daß in normalen Fällen jeder in seiner Erwerbsfähigkeit nicht beschränkte Arbeiter für sich und seine Familie durchschnittlich auch das Existenzminimum verdient. Denn das durchschnittliche Arbeitsergebnis ist naturgemäß höher, als das durchschnittliche Existenzminimum. Und so ergäbe sich, daß für seine Arbeitsleistung der Einzelne als Lohn zum mindesten sein Existenzminimum zu fordern hat. Diese Ansicht läßt sich vertreten, wo der Arbeit Leistende, wie in Staats- und Kommunalbetrieben, im direkten Arbeitsverhältnis zur Gesamtheit des Volkes steht. Anders in Privatbetrieben. Zwar auch hier arbeitet der einzelne Betriebsangehörige für die Gesamtheit; aber hier ist zwischen den ursprünglichen und natürlichen Austausch von

### Leistung und Gegenleistung

der private Arbeitgeber getreten. Er kann nicht, wie die Gesamtheit, seine Gegenleistung nach dem Werte der Arbeitsleistung für die Gesamtheit bemessen. Er kann nur davon ausgehen, welchen Wert die Arbeitsleistung für ihn hat. Für den Arbeitgeber wird der Wert der Arbeitsleistung; von dem Preis des fertigen Arbeitsproduktes bestimmt.

Im Privatbetriebe entscheidet eben die Rentabilität. An die Stelle des gesellschaftlichen Wertes der Arbeitsleistung tritt der Preis des Arbeitsproduktes. Und nur den Preis der von ihm gelieferten Ware kann der Arbeitgeber bei der Berechnung der von ihm an den Einzelnen zu erstattenden Gegenleistung bzw. Lohnes zugrunde legen. Dieser Preis steht unter dem Wert der Arbeitsleistung, namentlich dann, wenn es gilt und meistens im Interesse der Gesamtheit, unter ungünstigen Bedingungen, vielleicht gegenüber der ausländischen Konkurrenz, sich durchzusetzen. Hier einfach den Erwerbszweig „bankrott“ zu erklären, weil er „die dort arbeitenden Familien nicht ernähren kann“, wie C. Roppel S. J. es vorschlägt, wäre gegen das Interesse der Gesamtheit gehandelt. Aber auch wo der Rentabilitätswert des Arbeitsproduktes über den gesellschaftlichen

### Wert der Arbeitsleistung

hinausgeht, kann es nicht eine Angelegenheit des Arbeitgebers sein, seine Gegenleistung jedesmal von dem Bedarf des Einzelnen abhängig zu machen. Am wenigsten aber ist er berechtigt, um dem einen nach Bedarf einen Lohn zahlen zu können, dem anderen die von ihm auf Grund seines Eigentumsrechtes zu fordernden Gegenleistung vorzuenthalten. Der Arbeitgeber steht eben nicht als Staat, sondern als Privatmann den einzelnen Arbeitern gegenüber, deren an ihn gelieferten Arbeitswert er nach den gegebenen Möglichkeiten zurückzuführen hat. Es gilt doch sonst als selbstverständlich, daß bei einem gewöhnlichen Gütertausch Wert gegen Wert gewogen wird. Deshalb sollten dem Arbeiter gegenüber, wenn er sein Arbeitsergebnis veräußern will, andere Prinzipien zur Anwendung kommen. Etwas anderes als jenes korrekte Verhältnis zwischen Arbeits- und Gegenleistung im privaten Arbeitsverhältnis dürfen auch die Gewerkschaften prinzipiell nicht wollen.

Es ist deshalb unbegründet, wenn Professor Zimmermann dem Vorschlage der Staatsunterstützung und „Steuernachlässe“ entgegenhält, daß damit „dieses wichtige Kapitel der Lohnpolitik ... auf die Bahnen der staatlichen Finanz- und Sozialpolitik“ gehoben würde, „während sonst die Gewerkschaften die Staatseinnahme in die Lohnfragen nur für jene wirtschaftlich schwachen Gruppen, die sich selbst nicht halten können, befürworten.“ Was an notwendigem Bedarf des Einzelnen über den Rentabilitätswert seines Arbeitsproduktes hinausgeht, das fällt eben nicht mehr unter die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regelnden Lohnfragen, sondern unter das Kapitel der Hilfeleistung aller Staatsangehörigen, die allerdings nur durch den Staat praktisch auszuführen ist.

Aus den oben angeführten Erwägungen heraus ist es auch hinwählig, wenn „Der Holzarbeiter“ (Nr. 3, 1922) bei der Verteidigung des Familienlohnes sich auf die Bezahlung von Löhnen in Staats- und städtischen Betrieben beruft.



# Wirtschaftsrundschau

## Zur deutschen Wirtschaftslage

In den Monaten Juni und Juli nehmen die preislichen Handelskennlinien in ihren Berichten an das Handelsministerium Stellung. In allen diesen Berichten spiegelt sich die außerordentlich schwierige Wirtschaftslage und auch die Beschränkung wieder, daß halb sehr schwere Krisenereignisse eintreten würden und unter Wirtschaftlichen nur vor dem Zusammenbruch zu retten sei durch eiserne Willkür aller im Wirtschaftsleben tätigen Kreise unseres Volkes und durch gründliche Veränderung der von unsern Geometern im Weltkrieg befolgten Politik. Aus den interessantesten Berichten entnehmen wir nach der „Konjunktur“ folgendes:

### Siegerländer Erzebergbau

Haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert; nach wie vor ist eine starke Abwanderung der Arbeiter zu beklagen. (Siegen).

Der Abfall von Rot- und Brauneisenstein im Juni entsprach den allgemeinen Förderleistungen, wenn auch die Lage im allgemeinen als wenig aussichtsreich beurteilt wird. Da Oberschlesien als Abnehmer für Brauneisen ausfiel, mußten im Juli Erze auf die Halbe reduziert werden (Weglar).

In der

### Großeisenindustrie

Hat sich die Rohkost im Juli in verschärfter Form bemerkbar gemacht, nachdem im Juni das Hüttenkontingent vom Reichskohlenkommissar erneut um 10 v. H. herabgesetzt worden ist. Ausländische Kohle konnte infolge des Valutasturzes fast nicht bezogen werden. Schwedenerze wurden nach wie vor reichlich abgeleitet, ihre Beförderung auf dem Seewege und nach dem Dortmund-Ems-Kanal beeinträchtigt jedoch Schmelzverfahren, besonders infolge des Streiks der Seemannsleute. Auch Kinnette fand ausreichend zur Verfügung. Inzwischen wurde der Minettebezug zurückgedrängt, und zwar außer durch Raumangel auch durch Bezüge der kanadischen Wabano-Erze. In Roheisen bestand die Knappheit unverändert fort, so daß wiederum Roheisen aus dem Ausland eingeführt werden mußte. Die Steigerung der Schrottpreise betrug im Juli mehr als zwei Drittel des Durchschnittspreises des Vormonats. Auf dem Markt der Fertigfabrikate ist die Nachfrage noch weiter gestiegen. Die am 20. Juni vom Deutschen Stahlbund beschlossene Preiserhöhung war nicht ausreichend; die Werke gingen ein großes Risiko ein, indem sie die beschlossenen Preise als Festpreise für Lieferungen bis Ende Juli gelten ließen. Kann doch allein die Verteuerung, die sich infolge der Verschlechterung der Valuta aus den Erzebezeugen auf die Tonne Fertigfabrikat ergibt, mit mindestens 2000 M. angenommen werden. Das Roheisen-Sandikat hat seit dem 1. Mai d. J. die Preise dreimal um mehr als 2200 M. erhöht. Unter diesen Verhältnissen muß mit Wirkung vom 1. August eine sehr erhebliche Preiserhöhung für Walzwerkzeugmaschinen erfolgen. Das Auslandsgeschäft war ruhig. Die wenigen Aufträge, die überhaupt erreichbar waren, wurden zu wesentlich niedrigeren Preisen als im Vormonat vereinbart. Sobald die Markvaluta sich erheblich verschlechtert, trat automatisch ein Rückgang der Auslandspreise ein. Die ausländischen Käufer machten auch keinen Hehl daraus, daß sie keine Veranlassung hätten, den deutschen Werken für ihre Ware mehr in Mark zu zahlen als der inländische Bezugsnehmer. Schon seit längerer Zeit haben die Auslandspreise den Werken keine Ertragslöse eingebracht, so daß der Grund zur Einführung der Ausfuhrabgabe schon lange hinfällig ist (Dortmund).

Während noch im Juni entsprechend der Entwicklung der Verhältnisse im Frühjahr Vorzicht und Zurückhaltung bei Handel und Verbrauchern zu beobachten war, verließ der im Anfang des Juli eingetretene starke Sturz der Mark dem Geschäft erneute Belebung. Die Erzeugungsbedingungen der Werke haben sich in jüngster Zeit nicht gebessert. Die Rohstoffversorgung ist bei den erhöhten Anforderungen der Entente nach wie vor unzureichend. Die Unruhe in der Arbeiterkraft verringerte Förderung und Erzeugung im Bergbau und Eisen schaffender Industrie in gleichem Maße. Die Abwanderung von Arbeitern zum Bauwesen hält unvermindert an. In den Stahl- und Walzwerken wird die Lage dadurch allmählich bedrohlich. Zu dem seit langem bestehenden Mangel an Facharbeitern ist auch Bedarf an ungelehrten Arbeitern gekommen. Infolge der durch diese Umstände bedingten Schwierigkeit, die eingegangenen Lieferfristen innezuhalten, haben sich namentlich im Auslandsgeschäft vielfach Reibungen herausgestellt. Das Auslandsgeschäft war sehr ruhig. Ausgeführt wurde besonders Stab- und Formeisen. Stabeisen wurde lebhaft gefragt, auch Grobeisen konnte selbst bei langen Lieferfristen glatt abgesetzt werden. Für Bleche war die Nachfrage im allgemeinen rege, nur die Beschaffung ausrei-

chender Aufträge in schweren Matten stieß auf Schwierigkeiten. In Walzdraht herrschte starke Nachfrage. Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich glatt ab. Leere Wagen, namentlich für Brennstoffe, waren reichlich vorhanden (Duisburg-Wesel).

In der

### oberösterreichische Eisenindustrie

war ein Steigen namentlich der ausländischen Nachfrage zu verzeichnen. Das Ausland war infolge der weiteren Verschlechterung der Mark wieder befreit, oberösterreichische Produkte hereinzunehmen, nachdem eine Zeit lang der Export viel zu wünschen übrig gelassen hatte. Die Produktion konnte nicht in gehöriger Weise ausgedehnt werden, besonders aus Mangel an Rots sowie an Qualitätsarbeitern. Viele brauchbare Kräfte wandern nach Polnisch-Oberschlesien oder nach dem Westen ab. Eine Produktionssteigerung dürfte jedenfalls noch in recht weiter Ferne liegen. Die Roheisennot konnte nicht immer nicht gehoben werden. Die Gießereien konnten infolgedessen ihren Betrieb überhaupt nicht mehr regelmäßig führen. In Stab- und Formeisen blieb die Nachfrage rege, die Werke waren nur in beschränktem Maß in der Lage, den Bedarf zu decken (Doppel).

### Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Siegerländer Hütten- und Walzwerke

nahm gegen den Vormonat noch zu und hielt unvermindert an. Die Werke sind auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Der Mangel an geübten Arbeitern war ärgerlich, und die Versorgung mit Brennstoffen ließ nach wie vor zu wünschen übrig, wodurch die Produktionsfähigkeit der Werke sehr litt. In den Walzgießereien war der Geschäftsgang ruhiger als in den Vormonaten, die Beschäftigung blieb jedoch auf dem Auslandsniveau. Die vollständige Geschäftskontingentierung an neue Geschäfte kamen kaum zustande. Die Valutasturzschläge der europäischen Industrieländer übten die von den Vätern des Gedankens gewollte Wirkung aus (Siegen).

Im Elbinger

### Schiffbau

sind die Aussichten auf Beschäftigung ansehnlich der ganzen Wirtschaftslage, insbesondere der Lage auf dem Kräftemarkt, nach wie vor wenig günstig, wenn auch die Hauptwerke (Schichau) hofft, vorwiegend mit den für eigene Rechnung in Bau genommenen Schiffen ihre Arbeiterkräfte durch den Winter zu halten. Die Belegschaft der Werke ist infolge von Abwanderungen, die nicht nur hier, sondern auch an anderen Orten auffallen, zurückgegangen (Elbina). In Kiel gestaltete sich die Herannahende Auftragslage auf Schiffreparaturen schwieriger, da sich die Gekostenstellen immer mehr den Weltmarktpreisen nähern und das Ausland teilweise günstigere Bedingungen gewährleisten konnte (Kiel).

Im

### Polomotivbau

sind bei der Geringfügigkeit des auftretenden Bedarfs die Aussichten für künftige Aufträge nach wie vor trübe, wenn auch z. B. noch Beschäftigung vorliegt (Berlin und Cassel). In der Eisenbahnwagen-Industrie entsprach die Erzeugung nicht der Leistungsfähigkeit der Werke. Bezeichnet wird diese Erscheinung zum nicht geringen Teil durch Verzögerungen in der Anlieferung einzelner Teile, die den ganzen Produktionsvorgang hemmen. Der Abfall an die Reichseisenbahnen ging programmmäßig vor sich. Private Aufträge waren infolge der hohen Gekostenstellen gering. Anfragen aus dem Ausland lagen nur vereinzelt vor (Düsseldorf).

In der

### Maschinenindustrie

haben sich die Schwierigkeiten, mit denen die Versorgung mit Roh- und Grundstoffen sowie Betriebsmaterialien schon im Juni verknüpft war, im Juli noch gesteigert. Die Preise sind sprunghaft in die Höhe gegangen, so daß die Materialbeschaffung immer schwieriger geworden ist. Auch verlangen die Werke fast allgemein eine Lieferzeit von 4 bis 6 Wochen. Die Versorgung mit Kohlen war nach wie vor unzureichend, auch ist der seit Monaten herrschende Mangel an Facharbeitern noch immer nicht gehoben; dazu traten weitere Schwierigkeiten durch fortwährende Lohnforderungen der Arbeiter. Auf dem Inlandsmarkt macht sich mehr und mehr Kaufmuth bemerkbar, hervorgerufen durch das ständige Sinken der Kaufkraft und die immer unübersichtlicher werdenden Verhältnisse. Mit dem weiteren Fallen der Mark kommen auch wieder Auslandsaufträge herein; allerdings scheinen die hochvalutarischen Länder auch mit Maschinenereignissen schon stark gelähmt zu sein. Immerhin waren die Bestellungen aus dem Ausland noch normal. Der ausländische Wettbewerb macht sich in der Industrie sehr fühlbar. Daher mußten die Preise bei Auslandsaufträgen meist wesentlich herabgesetzt werden. Der Beschäftigungsgrad war nach durchweg gut. Es liegt Auftragsbestand für eine Reihe von Monaten noch vor (Düsseldorf). Gut beschäftigt waren Holzbearbeitungsmaschinenfabriken und

Gießereien. Die neu eingehenden Aufträge kommen ganz überwiegend aus dem Inland. Zum Teil wird geklagt über schwebende Zahlensumme (Berlin).

Die

### elektrotechnischen Fabriken

sind auf Grund des früheren Auftragsbestandes reichlich mit Arbeit versehen. Infolge der immer bedrohlicher werdenden Geldknappheit ist die Konjunktur aber im allgemeinen rückläufig. Darüber kann die auf einpaar wenigen Gebieten eingetretene schwache Zunahme an Bestellungen nicht täuschen. Sie ist auf das bevorstehende Inkrafttreten höherer Preise zurückzuführen. Bei den Kraftzentralen im Ausland haben die Bestellungen auf Erweiterungen und Ersatzbauten teilweise nachgelassen. Dagegen reut sich im nationalwirtschaftlichen Ausland neuerdings mehr das Verlangen nach Lieferungen zu gleichen Zwecken. Installationsmaterialien sind beehrt. Das Kabelgeschäft, das mit seinem Rohstoffbedarf fast ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist, ist ganz vom Stotzen der Valuta abhängig. Unverändert gut ist der Absatz in Glühlampen und Rohstofffabrikaten (Berlin).

Die

### Kleinisen- und Stahlwarenindustrie

war ausreichend beschäftigt. Infolge der unruhigen Marktentwertung scheint das Ausland, wenigstens in einzelnen Zweigen der Schneidwarenindustrie, wieder größere Aufträge erteilt zu haben. Das Steigen der Gekostenstellen bedingte eine beträchtliche Erhöhung der Inlandspreise. Die Vorrichtung des Verkaufs in Auslandswährung nach valutastarken Ländern hat sich bewährt (Solingen). Die Anspannung der Geldverhältnisse macht sich sehr unangenehm bemerkbar in verschärften Zahlungsbedingungen der Lieferwerke, die Zahlungsfrist von 2 bis 3 des Auftragsbetrages verlangen; und dadurch zu einer starken Schwächung des Betriebes. Die Fertigungsindustrie führen (Remscheid). Durch das ständige Sinken des Dollarkurses wurde der regelmäßige Geschäftsgang sehr erschwert. Die Unsicherheit der Lage machte das Erhalten bestehender und das Anknüpfen neuer Geschäftsverbindungen außerordentlich schwer (Cassel).

Auf dem

### Metallmarkt

war eine rasche Aufwärtbewegung sämtlicher Metallpreise unter dem Einfluß der Devisenkurse zu bemerken. Im Anfang des Monats schlossen sich die Metallpreise der Entwertung der Devisenkurse an, sanken sich aber vom 10. ab infolge starker Abgaben ganz bedeutend. Wenn auch die Preise um die Mitte des Monats im Rahmen der Devisenentwicklung ihre Steigerung fortsetzen konnten, blieb doch das Geschäft in bescheidenen Grenzen (Berlin).

In der

### Metallwalzwerkindustrie

war die Beschäftigung im großen und ganzen noch gut, wenn sie auch vielfach auf Aufträgen aus früheren Monaten beruht. Das Inlandsgeschäft wurde in der letzten Hälfte des Monats durch die Valutaentwicklung stark beeinträchtigt. Nennenswerte Exportaufträge konnten nicht abgesetzt werden, da die Metallindustrie infolge der hohen Weltmarktpreise ansehnlich (Witten). In der Metallfertigungsindustrie war noch ausreichende Beschäftigung vorhanden. Der Großhandel hat die Erteilung von neuen Aufträgen eingeschränkt, weil ihm die Betriebskapitalien fehlen (Witten).

## Neue Erweiterungspläne im Stinnes-Konzern

Ueber solche berichtet das Zentralblatt der Hütten- und Walzwerke in seiner Nr. 24 folgendes:  
„Außer dem Bau einer zentralen Kokserei zwischen Gelsenkirchen und Bochum und der bekannten Errichtung eines neuen Hüttenwalzwerkes im Anschluß an den Bochumer Verein beschließt sich die Rhein-Eisen-Union jetzt mit dem Plan der Anlagen eines neuen großen Eisenwerkes im Anschluß an die Dortmunder Union. Da eine Ausdehnung der Dortmunder Werksanlagen der Union nicht mehr möglich ist, soll das neue große Werk ebenso wie die übrigen projektierten bzw. schon in der Ausführung begriffenen Anlagen, ein Milliardenobjekt in die Umgegend verlegt werden. Zu diesem Zweck sind, wie die „Dortmunder Zeitung“ meldet, die von der Stinnes-Gruppe in der Ortschaft Glinnehausen bei Duten vorgenommenen großen Grundstückskäufe erfolgt; denen noch weiterer Grundwerb folgen wird. Zur Verhinderung der alten Werksanlagen der Dortmunder Union mit den geplanten Neuanlagen soll in Dortmund-Gudards ein großer Rangierbahnhof angelegt werden; zu welchem Zweck die Stinnes-Gruppe dort ebenfalls schon umfangreiche Gelände angekauft hat. Ebenso sind zur Schaffung von Wohngelegenheiten für die Angestellten und Arbeiter der geplanten neuen Werke mehrere Höfe und Ländereien erworben worden.“

## Wirtschaft und Technik

### Der Riese vom Spinndorf

II.

Nur das Fund der Stirnwand, eine geschmiedete Kaste, schaute noch aus dem Maurerwerk, als die Maurer mit Wasserwaage, Kelle und Bauhaken abmessen.

In das Flammrohr trat ein Schloß. Ein hartes darin einigend lange Rohrstück ein und schloß mit dicker eiserner Feuerfuge das Rohr vorn ab. Ein anderer besetzte die nach geschmiedete Kesselstirnwand mit allerlei Sägen, einem Wasserhahnen, Glas und einem Druckmesser. Einer derben eingeweigerten Uhr glück der Meister. Striche, von eins bis fünfzehn beziffert, verließen sich über das Blatt. Schwarz waren die Striche; nur der achte lichte in knalligem Rot. Darin einen kräftigen eisernen Rohrreifen waren die arbeitenden Timentente des Meisters ebenso wie die Rohrführung des Wasserhahnglases mit dem Kesselinneren verbunden.

Endlich war alles fertig. Die amtliche Kesselprüfung verlief ohne Anstand; man konnte in Betrieb gehen.

Für die Beherrschung des Heizbetriebes bestanden vier merke neben dem Maschinenmeister gespannt auf jedes seiner Worte ein Jungmann mit klugem Gesicht, ein ehemaliger Weber. Denn viel gab es für den neuen Betrieb zu lernen.

Aus dem dicken Schlang räumten seit einer Stunde Boyer in den Kessel. Beide beobachteten die auf der Wasserwaage stehende dem Wasserhahnglas zeigte und sich nun langsam im Schlang hob. Endlich war die Höhenmarke erreicht, das Flammrohr sehr also mit Wasser umfüllt und über der Scheitelhöhe reichlich bedeckt. Der Maschinenmeister nickte den Jungmännern. Dann wurde mit lauterer Gebendebefehlsdröhrung: das Flammrohr geschlo-

sen, und bald loderte Weißglut so tief in dem Flammrohrs Schlingung, als des Heizers Kraft und Gesicht die Kohlen zu schmelzen vermochten.

Stundenlang trug das Kesselwasser die Wärme, ehe es zu kochen begann. Der erzeugte erste Dampf, kräftig auf dem Wasserpiegel ruhend, perlte dem im Werden begriffenen den Austritt in den Dampfraum. Neue Hitze kräftigen diesen, und nachdem auch er sich den Austritt erzwungen, kegelte er weiter den Dampfdruck.

Der Zeiger des Druckmessers legte sich in Bewegung. „Schauen's, Nidel“, sagte der Maschinenmeister, indem er auf den Messer wies, „sieht kommen wir auf Spannung. Zwei Atmosphären sind's schon.“

Ein wenig unglücklich — denn er hatte gehört, daß der Kessel bei so hohem Atmosphärenbrude platen Wunde — verlor der Heizer das Vorwärtstreten des Meisters. Schon zeigte dieser auf Sechs.

Und nun erbaute plötzlich vom Kessel her ein lautes Knacken, und unglückselig neckten weiße Dampfswirbel das Kesselhaus ein. Nidel prallte vom Kessel zurück.

Die Rufe des Maschinenmeisters gab ihm die Kalte wieder. Wenn auch noch unglücklich folgte er ihm auf die Leiter, die auf das Kesselgemäuer führte, mo sie bald den Ursprung des immer heftiger werdenden Geräusches fanden.

Ein Griff des Maschinenmeisters in die Dampfwolke ließ jedes Geräusch verschwinden.

„Haben's so a Geränd' nimmer g'hört?“ fragte er, belustigt über Nidels schredliches Gesicht.

Der Nidelste verlegen den Kopf.

„Denken's amal nach. Wenn's a Lokomotiven, mit dem Zug hinter sich, bei verweirter W'ahrt werke; lauch's denn eben eben auf dem Kessel sei a lo? Ruz kratz's da draußen im Freize und lo unerschrocken wie hier im Haus.“

Dem Heizer dämmerte es.

„Daß es das Sicherheitsventil ist, das so kräftig, wissen's nu' also. Wie's wirkt, will ich Ihnen erklären; passen's auf.“

„Das Rohr hier kommt aus dem Dampfraum herant. Mer Dampf würde einfach raus fließen, wenn nicht das Metallstücken die Rohrmündung oben abdachte... das Tellerchen, sehen Sie nicht? ... die dicke Metallringe mehr ein einig größer als ein Kinnarmstück... Na also... Dieses Tellerchen ist mit seinen abgedrängten Unterflanken auf den entsprechend abgedrängten Mündungsflanken des Rohres. Luftdicht... aber heiler als sagt, darrndicht ist auf seinem Sitz aufgeschliffen... Versteht's?“

Nidel nickte.  
„Läge das Tellerchen nur lose auf würde es den Dampf natürlich nicht am Ausströmen hindern, denn der Schmelze es einfach runter. Deshalb lastet das schwere Gewicht da am Hebel mit vier Zentnern auf dem Teller und drückt ihn auf seinen Sitz. Dieser Last habe ich eben vergrößert und damit das Dampfgefaße zum Schmelzen gebracht.“

Nidel musterte lehnbegeistert den Hebel mit dem schweren Gewicht.

„Nun stellen Sie sich vor: im Kessel sitzt'n Nidel... Mit seinen Dampfdruckern drückt er gegen die ihn festbindenden Eisenflanken des Kessels. Befreiung will er sich erzwingen... Je mehr man ihm das Blut gibt desto mehr spannt er seine Kraft. Wie groß die ist, das zeigt unter Tellerchen. Mit drei Zentnern war es vorher belastet. Wie das Knacken verriet, hatte der Riese mit seinem...“ er fand nicht für das rasende Wort... „mit seinem „Dampfbaum“ das Tellerchen mit seiner Last gehoben... und einem Teil seiner selbstverlorenen Kraft Austritt verschafft.“

„Wie komm's... Herr Maschinenmeister,“ unterbrach Nidel kühl, „daß der Dampf seine ganze Kraft gerade auf das Tellerchen richtet?“

„Ein Dampfbogen sind Sie, Nidel... Mit der gleichen Kraft drückt er nicht auf jedes tellerartige Stück der ihn einschließenden Wände...“ er rechnete. „Nehmen Sie an die obere Hälfte unterer Wankfläche wäre nicht durch die elementare Nietkraft mit der unteren Wankfläche abgedrängt... mehr als unangenehm Zentner müßte man aufrufen, wollte man den Niesen verhindern, solche Kesselhaube hoch zu heben... Und das ist ne Last!... Wie fünfzig der ladene Eisenbahnwagen wiegt's.“

(Fortsetzung folgt.)

\*) Entnommen aus dem empfehlenswerten Buch: „Arbeiter unter Tornappen“, von J. Berde. Verlag: Tölgemann, Stuttgart.